

Rauner-Expertise: Mit mehr Qualität in der Ausbildung zu einem größeren Lehrstellenangebot

# „Ausbildung wird immer wichtiger“

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist alarmierend. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe geht zurück, obwohl der Fachkräftemangel in einigen Jahren schon abzusehen ist. Mit der Expertise „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ des Bremer Professors Felix Rauner will die IG Metall Baden-Württemberg neue Denkanstöße geben. **metall** sprach mit Frank Köppel, Betriebsrat bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach über die Expertise und die Lehrstellensituation.



Frank Köppel ist Betriebsrat und Sprecher der Gruppe Aus- und Weiterbildung bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach

**metall:** Wenn es den Unternehmen wirtschaftlich schlecht geht, stellen sie weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung. Ist das nicht kurzfristig gedacht?

**Frank Köppel:** Ja sicher, besonders wenn man weiß, dass die Schülerzahlen in den nächsten acht Jahren zurückgehen und dass Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen nicht mehr so gefördert werden. Gleichzeitig höre ich heute schon wieder das Klagelied der Wirtschaft, dass nicht genug ausbildungsfähige Schulabgänger vorhanden sind, um die vorhandene Ausbildungskapazität auszunützen. Damit ist der kommende Facharbeitermangel vorprogrammiert. In den alten Produktionsbereichen hatte man teilweise nur zehn Prozent Facharbeiter. In der neuen Produktion handelt es sich um hochkomplexe Maschinen, hier liegt der Facharbeiteranteil bei 70 Prozent. Die Ausbildung wird immer wichtiger.

**metall:** Die Expertise macht Vorschläge zur Kostenreduzierung bei der Ausbildung, zum Beispiel Reduzierung des Prüfungsaufwandes. Findest du das sinnvoll?  
**F.K.:** Teilweise sind die Vorschläge schon umgesetzt, so im neuen Beruf des Mechatronikers.

Dort haben wir die integrierte Qualifikationsprüfung. Die Auszubildenden suchen sich einen Auftrag im Betrieb, den sie bearbeiten, dokumentieren und ein Fachgespräch führen. Das ist dann ihre Prüfung. Sie bringen damit dem Unternehmen effektiv etwas, das ist schon eine Tendenz in die Richtung der Vorschläge. Die Expertise geht weiter und sagt, man braucht keine Abschlussprüfung mehr, sondern es reiche eine permanente Dokumentation und die Einschätzung der Vorgesetzten. Ob man soweit gehen kann, ist frag-

lich. Aber ich denke, mit der integrierten Prüfung hätte man sicherlich schon einiges an Kosten eingespart.

**metall:** Welchen der Reformvorschläge der Expertise findest du am innovativsten?

**F.K.:** Den Ansatz der Vorlehre finde ich interessant. Die Firmenklagen seit langem, dass sie keine Bewerber mehr bekommen, die ihren Vorstellungen entsprechen. Die Differenz zwischen dem, was Schulabgänger mitbringen und was Unternehmen erwarten, wird immer größer. Die Vorlehre wäre eine Möglichkeit, den jungen Menschen den Übergang zwischen Schule und Berufsleben zu erleichtern. Sie könnten damit auf das Berufsleben vorbereitet werden.

**metall:** Die IG Metall sieht es als eine gesellschaftspolitische Verantwortung der Betriebe, Ausbildungsplätze anzubieten. Dieser Verpflichtung kommen sie im Moment nicht nach. Bundeskanzler Gerhard Schröder fordert in der Agenda 2010 eine Umlage für Betriebe, die nicht ausbilden. Was hältst du davon?

**F.K.:** Dies ist unter dem Motto „Wer nicht ausbildet muss zahlen“ schon lange eine Forderung

der IG Metall, speziell der IG Metall-Jugend. Ich halte diese Forderung immer noch für richtig. Dennoch ist es wichtig, sich Gedanken zu machen, wie man darüber hinaus Ausbildungsplätze schaffen kann.

**metall:** Bei der Ausbildungsumlage kann das Problem des Freikaufens von Unternehmen entstehen.

**F.K.:** Wir kennen ein ähnliches Problem bei den Schwerbehinderten. Dort existiert bereits eine Abgabe: Wenn Unternehmen bis zu einer bestimmten Prozentzahl keine Schwerbehinderten beschäftigen, müssen sie zahlen. Da ist es in einigen Unternehmen so, dass sie sich freikaufen. Die Frage ist, wie hoch der Betrag sein wird. Ich kann ihn natürlich so hoch ansetzen, dass jedes Unternehmen lieber ausbildet. Dies kann ich mir in unserer politischen Landschaft nicht vorstellen – eher das Gegenteil: Der Beitrag wird so gering bemessen sein, dass sich die Unternehmen gerne freikaufen.

**metall:** Was ist für dich die bessere Lösungsmöglichkeit des Lehrstellenmangels: Ausbildungsumlage oder Eigeninitiative der Tarifparteien?

**F.K.:** Man muss die Alternativen sehen, entweder eine gesetzlich vorgeschriebene Umlage oder einen tariflichen Ausbildungsfond. Im Tarifvertrag bestimmen die Arbeitgeber und die Gewerkschaften den vertraglichen Rahmen. Sie können gestaltend wirken, direkt auf die Branche oder auf regionale Unterschiede eingehen. Eine gesetzliche Umlage, die bundesweit für alle gilt, kann für die Tarifvertragsparteien nur schlechter sein. Ich würde es für sinnvoller halten, wenn man sich Gedanken über tarifliche Regelungen macht. ◀

Interview: Anke Kollmar

## Hintergrund: Die Rauner-Expertise

► **Höhere Ausbildungsqualität für mehr Lehrstellen:** In Baden-Württemberg wurden im letzten Jahr trotz steigender Schülerzahlen 5,8 Prozent weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dieses Jahr sind den Arbeitsämtern bis Ende April 13,8 Prozent weniger Ausbildungsstellen gemeldet worden als im April 2002. Die Metall- und Elektroberufe sind von diesem Rückgang überproportional betroffen. Bundesweit werden 140.000 fehlende Ausbildungsplätze prognostiziert. Vor diesem Hintergrund hat die IG Metall Baden-Württemberg bei dem renommierten Berufsbildungsexperten Prof. Dr. Felix Rauner von der Universität in Bremen eine Expertise zur „Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen“ in Auftrag gegeben. Die Verbesserung der Ausbildungsqualität bildet den Kern der im Gutachten dargelegten Reformvorstellungen. Dies ist für Rauner der Schlüssel zur Erhöhung der Ausbildungsquote. ◀

Kundgebungen in Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Friedrichshafen und anderen Orten

# Landesweite Proteste gegen die Agenda 2010

Mit zahlreichen Veranstaltungen von Info-Ständen bis hin zu großen Kundgebungen protestierten Metallerrinnen und Metalller in Baden-Württemberg gegen soziale Ungerechtigkeiten in der Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Die größten Kundgebungen gab es in Stuttgart, Freiburg und Heidelberg, wo insgesamt rund 5000 Menschen zusammen kamen. Bezirksleiter Berthold Huber sagte in Stuttgart, dass die Gewerkschaften Widerstand leisten müssten gegen soziale Ungerechtigkeiten. Sie müssten aber auch ihre eigenen Beiträge zur Lösung der Probleme formulieren, vor der die sozialen Systeme ohne Zweifel stehen. ◀



Foto: tdk, Graffiti/Seiz



Protest gegen die Agenda 2010: Oben in Freiburg, links in Stuttgart-Bad Cannstatt

## IG Metall an der Uni

**Service in Freiburg:** Die IG Metall Freiburg und die Fakultät für Angewandte Wissenschaften der Albert-Ludwigs-Universität haben einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Die IG Metall unterstützt die Studentinnen und Studenten bei Fragen rund um Jobs und Praktika und bietet einmal wöchentlich eine Beratung in Arbeits- und Sozialrecht an. Außerdem sponsort die Freiburger Verwaltungsstelle eine Info-Säule, an der Studierende kostenlos im Internet surfen können. „Für zwei Drittel der Studierenden an deutschen Unis gehöre Erwerbsarbeit bereits zum Alltag“, sagt Jochen Schroth von der IG Metall. Deshalb präsentiert sich die IG Metall dort als kompetenter Ansprechpartner. Mehr Infos auf der Freiburger Homepage, zu erreichen über [www.bw.igm.de](http://www.bw.igm.de). ◀

### „Einschnitte durchsetzen“: Erwin Teufel gegen die Gewerkschaften

Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) will „die Rolle der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft grundsätzlich neu überdenken“. Er forderte Bundeskanzler Gerhard Schröder dazu auf, „die not-

wendigen Einschnitte in gewerkschaftliche Besitzstände“ durchzusetzen. „Betriebsfremde Funktionäre“ sollten nicht über Wohl und Wehe eines Unternehmens mitentscheiden, so Teufel weiter. Dazu stellt sich der Ministerpräsident vor, dass üblicherweise in Tarifverträgen geregelte Dinge künftig in den Betrieben verein-

bart werden sollen – also Entgelt oder Arbeitszeit etwa. Die Mitbestimmung müsse von „bürokratischen Hemmnissen“ befreit werden, der Kündigungsschutz schon ab 2004 außer Kraft gesetzt sein. Kurz: Erwin Teufel will die Arbeitgeber stärken und die Schutzfunktionen für die Beschäftigten aufweichen. ◀



Foto: Graffiti/Robbers

**Warnstreiks im Karosserie- und Fahrzeugbauer-Handwerk:**

**„Wir wollen einen fairen Abschluss“**

„Wir wollen einen fairen Abschluss“ – das forderten Beschäftigte des Karosserie- und Fahrzeugbauer-Handwerks Baden-Württemberg bei einem Warnstreik im Juni. Es war bereits der zweite Warnstreik in der Branche. Jetzt soll es weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern geben.

Die Beschäftigten fordern, dass die Branche nicht von der allgemeinen Einkommensent-

wicklung abgekoppelt wird. Aber die Arbeitgeber wollen stattdessen die Einkommen senken, und zwar um mindestens fünf Prozent. Die Beschäftigten könnten auch ein bis zwei Stunden länger arbeiten und so ihre Tarifierhöhung selber bezahlen. Zu weiteren Angeboten waren die Arbeitgeber nicht bereit. Und sie wollten auch frühestens im November wieder Tarifverhandlungen führen, wenn die wirt-

schaftliche Lage besser sei. Das betrachteten die Beschäftigten als „Ohrfeige“ und legten die Arbeit nieder. Denn in anderen Branchen wurden angemessene Tarifabschlüsse erzielt, obwohl auch dort die wirtschaftliche Lage nicht überall rosig ist.

Bei der den ganzen Nachmittag dauernden Kundgebung vor dem Werkstor von Ernst Auwärter in Steinenbronn sagte IG Metall-Verhandlungsführer Vik-

**Warnstreik-Kundgebung bei Ernst Auwärter in Steinenbronn: „Gemeinsam sind wir stark“ und „Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze“**

tor Paszehr: „Ohne Tarifergebnis wird es schwer werden zu produzieren. Die Beschäftigten sind bereit zu kämpfen für ihr Recht und einen angemessenen Lohn.“ An der Kundgebung beteiligten sich auch die Beschäftigten von Neoplan in Stuttgart. So ruhte auch dort die Arbeit.

Jetzt bewegte sich etwas auf Arbeitgeber-Seite: Es soll neue Verhandlungen geben. ◀

**Tarifvertrag Qualifizierung: Agentur Q bietet Infos und Beratung**

Wer sich mit Weiterbildung im Betrieb beschäftigt, braucht Infos und Beratung. Beides leistet die Agentur Q, die gemeinsam von IG Metall und Südwestmetall getragene Agentur zur beruflichen Weiterbildung. Jüngst veranstaltete die Agentur Q einen Workshop zum Erfahrungsaustausch über die Umsetzung des Tarifvertrages Qualifizierung. „Das Interesse war groß“, sagt Erhard Pusch, IG Metall-Vertreter der Agentur Q. Eingeladen waren Betriebsräte und Personal-Praktische Beispiele lieferten

Alcan aus Singen, Bosch und DaimlerChrysler aus Stuttgart, Trumpf Ditzingen und Vishay Semiconductors Heilbronn. Besonders bei den mittelständischen Betrieben gebe es einen Bedarf an Hilfestellung, so Pusch. Deshalb werden Ergebnisse dieses Workshops in einem Tagungsband veröffentlicht. Weitere Workshops sind in Planung, auch zu speziellen Fragen des Qualifizierungstarifvertrages. Materialien und Infos bei der Agentur Q, Stuttgarter Str. 11, 70469 Stuttgart, Telefon 0711/365 91 88-0. Service und Newsletter-Abonnement gibt's im Netz auf [www.agenturq.de](http://www.agenturq.de). ◀

**Workshop bei der Agentur Q: Betriebsräte und Personal er tauschen sich über Erfahrungen mit der Umsetzung des Tarifvertrages Qualifizierung aus**



Foto: FM